

# Zeitschriftenschau

GUDRUN CHO

Beim Durchblättern der im letzten Quartal (bis Ende August 1970) in anderen Ländern erschienenen Asien-Zeitschriften fällt erstens die mangelnde Aktualität der Artikel auf (der Regierungswechsel in Ceylon ist nur in der wöchentlich erscheinenden **Far Eastern Economic Review** kommentiert worden) und zweitens, daß Aufsätze mit interessanten Überschriften nicht beinhalten, was der Titel verspricht. So der Aufsatz „The Red Guards and the World Student Movement“ (von Richard W. and Amy A. Wilson in: **The China Quarterly**, Nr. 42, April—Juni 1970, S. 88—104), der lediglich eine Strukturanalyse der Roten Garden zu bieten versucht.

Während in der letzten Zeitschriftenschau drei Themenkreise betrachtet werden konnten, bieten dieses Mal nur drei Zeitschriften erwähnenswerte Artikel. Am interessantesten ist die Behandlung des Vietnam-Themas in der amerikanischen Zeitschrift **Foreign Affairs** (Vol. 48, Nr. 4, Juli 1970, S. 601—647). Zwei amerikanische und ein französischer Autor schreiben über drei verschiedene Aspekte dieses für die Amerikaner so heiklen Themas, wobei gerade die Amerikaner mit erfreulicher Offenheit die verfehlte Vietnam-Politik ihrer Regierung bloßlegen und für eine Neuorientierung plädieren.

Als Folge des kalten Krieges bezeichnet Townsend Hoopes (Under Secretary of the Air Force 1967-69) in seinem Artikel „Legacy of the Cold War in Indochina“ den Vietnamkrieg. Die amerikanische Regierung sah, auch nachdem die Spaltung des „Internationalen Kommunismus“ offenkundig geworden war, diesen als monolithisch und als eine direkte Bedrohung der eigenen Sicherheit an. In Vietnam sah man eine der Angriffsstellen eben dieses Kommunismus, und man glaubte, dort für die Freiheit der nichtkommunistischen Welt kämpfen zu müssen.

Spätestens 1965 wäre nach Auffassung des Autors jedoch der Zeitpunkt für eine Revision des amerikanischen Standpunkts gewesen, dessen Fehler es war, nicht zu unterscheiden zwischen „those commitments and involvements that are in fact vital to our national security, and those that spring more or less from our deeply held view of what the world 'ought' to be and of how it 'ought' to be organized.“ Der Autor meint, bis 1964 sei das Verhalten der USA in Vietnam moralisch noch zu rechtfertigen gewesen, dann aber, als sich im Herbst 1964 zeigte, auf welch schwachen Füßen das Saigoner Regime stand, hätte die amerikanische Regierung einsehen müssen, daß das Interesse der USA in Vietnam nicht lebenswichtig, sondern begrenzt war, und daß es diesem Interesse nicht dienen konnte, ein solches Regime zu retten.

Für Nordvietnam dagegen ist dieser Kampf lebenswichtig. Mit dem zunehmenden Engagement der USA standen die eingesetzten Mittel schließlich in keinem Verhältnis mehr zu den ursprünglich proklamierten Zielen. „This loss of proportion led to wanton destruction, to a gross disparity between ends and means, and therein

lies the immorality.“ Der Autor fragt, warum Präsident Nixon bei seinem Amtsantritt die Gelegenheit zum Disengagement in Vietnam nicht genutzt hat. Aus den Erklärungen Nixons folgert er, daß der Präsident ein typischer Vertreter der Generation der „Kalten Krieger“ ist, die sich immer noch schlecht mit der veränderten Welt-situation abfinden kann. „He is somewhere between believing in the essential rightness of this war and understanding that the American interest requires its liquidation. He has evolved a policy that seems aimed at substantially reducing and possibly ending the American role, but so conditionally and gradually as to make the process almost imperceptible.“ Präsident Nixons Taktik — Verhandlungen und Vietnamisierung — wird keine Änderung herbeiführen. Erfolgreich verhandeln könnte man nur über die Art des Rückzugs, und die Vietnamisierung ist nicht geeignet, den Konflikt einer politischen Lösung näherzubringen. Der Autor schließt, es sei für die amerikanische Regierung höchste Zeit, einzugestehen, daß das Engagement in Vietnam ein Fehler war, und entsprechend zu handeln.

Im zweiten der drei Artikel „From the Vietnam War to an Indochina War“ analysiert Jean Lacouture (Mitarbeiter von **Le Monde**) die Lage, die durch das Übergreifen des Krieges auf Kambodscha entstanden ist. Er kommt zu dem Schluß, daß diese Ausweitung des Krieges Hanoi nur gelegen gekommen ist. General Giap habe in den letzten zehn Jahren in seinen Veröffentlichungen immer wieder betont, daß die Vergrößerung des Kampffeldes den revolutionären Interessen diene. Die Seite, die über die größere Beweglichkeit und die Unterstützung des Volkes verfügt, profitiert natürlich von einer solchen Vergrößerung. „For months, observers had been wondering whether Giap would dare apply his own doctrine and himself extend the front and the battle-zones outside the areas of Vietnam within which he had been more or less held in check since the counterblow that stopped the Tet offensive of February 1968. Now it is his enemies who are spreading the fighting to all of Indochina, under conditions which, in Cambodia, are uniting the masses behind a prestigious political chief who is entering the fray against these enemies.“ Das ehemalige koloniale Indochina scheint sich in der Revolution zu vereinigen. Die Frage, ob dieses Indochina ein Satellit Chinas werden wird, verneint der Autor. Er glaubt, daß ein vereinigt Indochina zwar nicht chinafeindlich sein aber eine chinesische Expansion verhindern würde.

„Vietnamization: Can it work?“ ist der Titel und die Kernfrage des dritten Artikels. Robert H. Johnson (Professor of International Relations, Colgate University) erläutert den Begriff der Vietnamisierung und zeigt die Mängel dieser Politik auf. Er kommt dabei zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie Townsend Hoopes (s. o.). Die Vietnamisierung kann nicht zu einer politischen Lösung des Konfliktes führen. Bei Verhandlungen dürfe man nicht wie bisher am Weiterbestehen der jetzigen süd-vietnamesischen Regierung festhalten. Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen sei die Bekanntgabe eines festen Rückzugtermins sämtlicher amerikanischer Truppen aus Südvietnam.

Eine andere Seite der „Vietnamisierung“, nämlich deren Auswirkungen auf Thailand, untersuchte Timothy Allman in *Far Eastern Economic Review* (13. August 1970, S. 23-25 „The Lovers Part“). In Thailand hatte man den Sturz Sihanouks, der ein feindlicher Nachbar gewesen war, begrüßt und mehr noch die amerikanische Invasion Kambodschas. Um so stärker war die thailändische Regierung über den planmäßigen Rückzug der Amerikaner verärgert. Als es darüberhinaus klar wurde, daß

die Amerikaner infolge der Beschlüsse des Kongresses die Entsendung thailändischer Truppen nach Kambodscha nicht in dem Maße unterstützen konnten, in dem sie die thailändische Division in Südvietnam unterstützt hatten, begannen die amerikanisch-thailändischen Beziehungen gespannt zu werden. Die thailändischen Politiker, allen voran Außenminister Thanat, sparten nicht mit verbitterten Kommentaren über die Unzuverlässigkeit der USA „in times of stress and strain“.

Die Ursachen für diese Reaktion liegen erstens in der Abhängigkeit der thailändischen Wirtschaft vom Zustrom des amerikanischen Dollar begründet, d. h. Thailand hat — vertrauend auf diesen ständigen Zustrom — bisher wirtschaftlich über seine Verhältnisse gelebt. 1969 verzeichnete es zum ersten Mal einen Verlust an Devisenreserven. Die zweite, ganz direkte Ursache ist natürlich, daß Thailand, nun da der „Puffer“ Kambodscha weggefallen ist, den Indochina-Krieg an den eigenen Grenzen spürt.

Darüber, welche Konsequenzen aus dieser Bedrohung der eigenen Sicherheit zu ziehen seien, sind sich die thailändischen Politiker jedoch keineswegs einig, d. h. einig nur insofern, als man das Handeln gern den Amerikanern überließe. Da diese nun nicht dazu bereit sind, tritt ein Teil der Politiker, allen voran Innen- und Verteidigungsminister General Prapas, für eine sofortige Entsendung thailändischer Truppen nach Kambodscha ein, unter der Devise, man solle die Kommunisten lieber im anderen Land bekämpfen, bevor der Kampf ins eigene Land getragen wird. Die andere Seite, vertreten vor allem durch Außenminister Thanat, plädiert für eine Politik des Abwartens aus Furcht vor einer direkten Verwicklung in den Krieg. Premierminister Thanom versuchte, die beiden Fraktionen durch einen Kompromiß zu einen: er schlug einen Indochina-Thailand-Pakt vor „which would have given Thailand the international backing Thanat had sought in vain, and also the military presence in Cambodia that Prapas had called for so strongly. Under Thanom's scheme, Thailand, Cambodia, South Vietnam and Laos would have joined an official alliance, providing Thailand with an international sanction for involvement in Cambodia and perhaps also a funnel for US-supplied arms and equipment to the Thais through Cambodia.“ Aber Südvietnams Präsident Thieu und Kambodschas Regierungschef General Lon Nol lehnten den Plan als „neither practical, realistic nor necessary“ ab. Beobachter glauben, daß Thailand auf jeden Fall Truppen nach Kambodscha senden wird. Wahrscheinlich wird das jedoch lediglich eine Art Grenzschutz für die kambodschanische Seite der thailändischen Grenze sein. Im Augenblick ist nur eines klar: „a country like Thailand cannot quickly assume the kind of responsibilities that the Nixon administration hopes will pave the way for a graceful, and speedy, American exit from Indochina.“

Abschließend ein Artikel, der dem leider immer noch ungelösten Problem der chinesischen UNO-Mitgliedschaft gewidmet ist: „China and the United Nations: Problems of Representation and Alternatives“ (**Asian Survey**, Vol. X, Nr. 5, Mai 1970, S. 397—409). Winberg Chai (Associate Professor of International Relations and Government at University of Redlands, California) gibt zunächst einen Überblick über das bisherige Verhältnis Chinas zu den Vereinten Nationen. 1945 wurde die Gründung der Vereinten Nationen sowohl von den Kommunisten als auch den Nationalisten begrüßt. Die Delegation, die China nach San Francisco entsandte, bestand aus Mitgliedern beider Parteien. Das Problem der Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen begann am 18. November 1949, als die Regierung der neu-

gegründeten Volksrepublik China forderte, Nationalchina alle Rechte auf eine weitere Vertretung des chinesischen Volkes in der UNO abzusprechen.

Der Autor schildert die Kontroversen in und außerhalb der UNO in dieser Frage, die dadurch kompliziert wird, daß beide Regierungen auf dem Alleinvertretungsanspruch beharren. Der Autor hält es für moralisch und rechtlich unhaltbar, die nationalchinesische Delegation durch eine aus der Volksrepublik zu ersetzen. Da aber weder die Volksrepublik China noch die Nationalchinesen mit einer „Zwei-China“-Lösung einverstanden wären, verfällt er auf den recht eigenwilligen Vorschlag, die chinesische UNO-Delegation aus Vertretern beider Chinas zusammenzusetzen: „Initially, each of the two factions in the delegation should receive half a vote pending a new Charter amendment which would permit two votes for the Chinese delegation in the General Assembly and one vote, represented by the Mainland government, in the Security Council.“ Der Autor meint, ein solches Verfahren würde dazu beitragen, daß die beiden Regierungen ihre Differenzen mit politischen Mitteln lösen würden.

Der Autor scheint optimistischerweise an die Realisierbarkeit des Vorschlages zu glauben, denn laut Fußnote erhofft er sich, daß auch die Frage der UNO-Mitgliedschaft der geteilten Länder Deutschland, Korea und Vietnam auf ähnliche Weise gelöst werden könne. Wer vermag solchen Optimismus zu teilen?